

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	13
------------------	----

Erster Teil

Einführung in die Problematik geschlechtergerechter Sprache	16
A. Hintergrund der Forderung nach geschlechtergerechter Sprache	16
B. Geschlechtergerechte Sprache: Kritische Begriffsbeleuchtung	21
I. Verständnis der deutschen Rechtsordnung von „Geschlecht“	21
II. „Geschlechtergerechte“ Sprache: Diskussion alternativer Begriffsvorschläge	32
C. Das Spektrum möglicher Formen geschlechtergerechter Sprache	38
D. Status quo geschlechtergerechter (Rechts-)Sprache in Deutschland	45
E. Geschlechtergerechte Sprache als Wissenschaftsobjekt	49

Zweiter Teil

Überblick über die historische Entwicklung in Deutschland in Bezug auf geschlechtergerechte Sprache und Recht	56
--	----

Dritter Teil

Rechtlicher Rahmen für die Verwendung einer geschlechtergerechten Sprache durch die öffentliche Hand sowie Private	80
A. Unions- und völkerrechtliche Maßgaben für geschlechtergerechte Sprache in Deutschland	80
I. Beinhaltet die Grundrechtecharta Maßgaben für geschlechtergerechte Sprache in Deutschland?	81
1. Charta-Grundrechte mit Bezug zur Geschlechtergerechtigkeit	86
2. Art. 21 Abs. 1 GRC: Nicht geschlechtergerechte Sprache als Verstoß gegen das Diskriminierungsverbot wegen des Geschlechts?	87

- 3. Geschlechtergerechte Sprache als Gegenstand des Sicherstellungsauftrags aus Art. 23 GRC? 88
 - a) Auftrag der Union zur Sicherstellung geschlechtergerechter Sprache in den Mitgliedstaaten? 89
 - aa) Auftrag der Union zur Sicherstellung geschlechtergerechter Rechtssprache in den Mitgliedstaaten? 89
 - bb) Auftrag der Union zur Sicherstellung geschlechtergerechter Sprache im Privatrechtsbereich? 93
 - b) Sicherstellungsauftrag der Mitgliedstaaten bezüglich geschlechtergerechter Sprache aus Art. 23 GRC? 94
- II. Maßgaben (sonstigen) EU-Primärrechts für geschlechtergerechte Sprache in Deutschland? 95
 - 1. Maßgaben im EUV für geschlechtergerechte Sprache? 95
 - a) Art. 2 EUV: Gleichheit als grundlegender Unionswert 95
 - b) Art. 3 EUV: Gleichstellung von Frauen und Männern als Unionsziel 97
 - c) Art. 9 EUV: Gleichheit der Bürgerinnen und Bürger der Union 98
 - 2. Maßgaben im AEUV für geschlechtergerechte Sprache? 98
 - a) Art. 8 AEUV: Gender Mainstreaming-Ansatz 98
 - b) Art. 10 AEUV: Bekämpfung von Diskriminierungen aus Gründen des Geschlechts als Querschnittsaufgabe 100
 - c) Reichweite der Unionskompetenzen aus Art. 19 AEUV? 101
 - d) Art. 157 Abs. 3 AEUV: Chancengleichheit und Gleichbehandlung von Männern und Frauen in Arbeits- und Beschäftigungsfragen als entscheidende Kompetenz der Union 102
 - e) Geschlechtergerechte Sprache als „Sprachenfrage“ i. S. d. Art. 342 AEUV? 102
- III. Regelungen im EU-Sekundärrecht zu geschlechtergerechter Sprache? 103
 - 1. RL 2006/54/EG zur Verwirklichung des Grundsatzes der Chancengleichheit und Gleichbehandlung von Männern und Frauen in Arbeits- und Beschäftigungsfragen 103
 - 2. RL 2004/113/EG zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen beim Zugang zu und bei der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen 106
 - 3. RL 79/7/EWG zur schrittweisen Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen im Bereich der sozialen Sicherheit 107
 - 4. RL 2010/41/EU zur Gleichbehandlung von Männern und Frauen, die eine selbständige Erwerbstätigkeit ausüben 107
- IV. Sonstige Positionierungen der EU zu geschlechtergerechter Sprache 109
 - 1. Der Leitfaden „Geschlechterneutraler Sprachgebrauch im Europäischen Parlament“ 109
 - 2. Der Leitfaden „Inklusive Kommunikation im Generalsekretariat des Rates“ 111
 - 3. „Gemeinsamer Leitfaden des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission für Personen, die an der Abfassung von Rechtstexten der Europäischen Union mitwirken“ 112

4. Entschließung des Europäischen Parlaments zu der Informations- und Kommunikationsstrategie der Europäischen Union vom 10. April 2003	112
5. Antworten der Kommission auf Parlamentarische Anfragen (E-2188/07, E-2611/09, E-013710/13, E-000248/19)	113
V. Europarat: Maßgaben für geschlechtergerechte Sprache?	114
1. Art. 14 EMRK: Akzessorisches Verbot der Diskriminierung wegen des Geschlechts	115
2. Das 12. Zusatzprotokoll zur EMRK	117
3. Empfehlung R (90) 4 des Europarates (Ministerkomitee) vom 21. Februar 1990: Recommendation No. R (90) 4 on the Elimination of Sexism from Language	118
4. Instruction No. 33 of 1 June 1994 concerning the use of non-sexist language at the Council of Europe	121
VI. Maßgaben der Vereinten Nationen (UN) für geschlechtergerechte Sprache?	121
1. Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 18. Dezember 1979 zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)	123
2. UNESCO, Convention Against Discrimination in Education (1960)	140
3. UNESCO, 24 C/Resolution 14.1 (1987)	147
4. Zwischenergebnis	149
B. Bundesverfassungsrechtliche Maßgaben für geschlechtergerechte Sprache	150
I. Art. 3 GG als Direktive für geschlechtergerechte Sprache?	152
1. Gewährleistungsgehalte und Verhältnis der einzelnen Regelungen des Art. 3 GG zueinander	152
2. Verstoß der herkömmlichen Gesetzessprache gegen das Diskriminierungsverbot von Art. 3 Abs. 2 Satz 1, Abs. 3 Satz 1 GG?	157
a) Diskriminierung durch den sachlichen Regelungsgehalt der einzelnen unter Verwendung generischer Maskulina formulierten Vorschriften?	158
aa) Herkömmlicher allgemeiner Sprachgebrauch	159
bb) Zwischenzeitlicher Wandel im allgemeinen Sprachgebrauch?	160
cc) Besonderheiten der Rechtsauslegung	161
b) Diskriminierung durch die Sprachformwahl des generischen Maskulinums als solche?	165
aa) Sprachformwahl als Regelungsgegenstand des Art. 3 GG?	165
(1) Von Art. 3 GG erfasstes staatliches Handeln	166
(2) Grundrechtsbindung des Staates in seiner Ausdrucksweise?	168
bb) Benachteiligung von Frauen durch das generische Maskulinum?	169
(1) Art der Benachteiligung	170
(2) Individuelle oder allgemeine Betrachtungsweise?	173
(3) Einheit der Verfassung	176
(4) Verfassungswandel?	177
c) Zwischenergebnis	179

3. Verstoß nicht geschlechtergerechter Amtssprache gegen das Diskriminierungsverbot von Art. 3 Abs. 2 Satz 1, Abs. 3 Satz 1 GG?	180
4. Geschlechtergerechte Sprache als Auftrag des Staates aus Art. 3 Abs. 2 Satz 2 GG?	188
a) Inhalt und Umfang der Regelung des Art. 3 Abs. 2 Satz 2 GG	188
aa) Generelle dogmatische Einordnung von Art. 3 Abs. 2 Satz 2 GG	188
bb) Bezug des Art. 3 Abs. 2 Satz 2 GG auf geschlechtergerechte Sprache	197
(1) Behandlung durch die Gemeinsame Verfassungskommission	197
(2) Bestehende Nachteile?	198
(3) Nötiger Gewissheitsgrad?	199
(4) Grundsatz: Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers	201
(5) Wirkung geschlechtergerechter Sprache	202
(6) Darf der Staat eine bestimmte Sprachweise „verordnen“?	204
(7) Gesetzgebungskompetenzen für geschlechtergerechte Sprache im föderalistischen Staat	205
(8) Reduktion der Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers?	206
(9) Möglichkeit differenzierter gesetzgeberischer Vorgehensweise (vorrangig bestimmte Rechtsgebiete)?	209
b) Verfassungsrechtliche Grenzen eines Förderauftrags zugunsten geschlechtergerechter Sprache aus Art. 3 Abs. 2 Satz 2 GG	209
aa) Gebot der Normenklarheit und -verständlichkeit	211
bb) Grenzen aus dem Bundesstaatsprinzip?	219
cc) (Kulturstaatliche) Grenzen aufgrund der Eigenart von Sprache?	220
dd) Begrenzung durch Grundrechte insbesondere derer, die zu geschlechtergerechter Sprache angehalten werden?	222
(1) Speziell in der Verwaltung: Meinungsfreiheit und Allgemeines Persönlichkeitsrecht?	227
(2) Speziell im universitären Bereich: Wissenschaftsfreiheit aus Art. 5 Abs. 3 Satz 1 GG und Meinungsfreiheit der Studierenden	229
(3) Speziell im schulischen Bereich: Elterliches Erziehungsrecht aus Art. 6 Abs. 2 Satz 1 GG und Rechte der Schüler_innen aus Art. 2 Abs. 1 i. V. m. Art. 1 Abs. 1 GG bzw. aus Art. 2 Abs. 1 GG	237
(4) „Umgekehrte Diskriminierung“ durch eine geschlechtergerechte Vorschriftensprache?	245
5. Zwischenergebnis	246
II. Art. 1 Abs. 1 GG: Menschenwürde, Frauenwürde und geschlechtergerechte Sprache	248
III. Art. 2 Abs. 1 i. V. m. Art. 1 Abs. 1 GG: Die Bedeutung des Allgemeinen Persönlichkeitsgrundrechts für geschlechtergerechte Sprache	252
1. Allgemeines Persönlichkeitsgrundrecht und Vorschriftensprache	253
2. Amtssprache und Allgemeines Persönlichkeitsgrundrecht	253

IV. Art. 12 Abs. 1 GG: Berufsfreiheit und geschlechtergerechte Sprache	255
1. Schutzpflicht des Staates aus Art. 12 Abs. 1 GG bei struktureller Disparität?	256
2. Speziell im Hochschulbereich: Ausbildungsauftrag der Hochschulen	257
V. Art. 7 Abs. 1 GG (i. V.m. Art. 3 Abs. 2 Satz 2 GG): Geschlechtergerechte Sprache an Schulen?	259
VI. Zwischenergebnis	261
C. Landesverfassungsrechtlicher Rahmen in Niedersachsen für geschlechtergerechte Sprache	264
I. Regelungsgehalt des Art. 3 NV im Vergleich zu dem des Art. 3 GG	267
II. Recht auf Bildung aus Art. 4 Abs. 1 NV und seine Bedeutung für geschlechter- gerechte Sprache	269
III. Zwischenergebnis	274
D. Einfach- und untergesetzliche nationale Maßgaben für geschlechtergerechte Sprache	275
I. Regelungen zu geschlechtergerechter Sprache auf der Bundesebene	275
1. Gesetz für die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundesverwal- tung und in den Unternehmen und Gerichten des Bundes (BGleiG)	275
a) § 4 Abs. 3 BGleiG: Rechts- und Verwaltungsvorschriften des Bundes und dienstlicher Schriftverkehr	276
b) § 6 Abs. 1 BGleiG: Arbeitsplatzausschreibung	282
2. Soldatinnen- und Soldatengleichstellungsgesetz (SGleiG)	288
a) § 1 Abs. 2 SGleiG: Rechts- und Verwaltungsvorschriften für Soldatinnen und Soldaten und dienstlicher Schriftverkehr	289
b) § 1 Abs. 3 SGleiG: Dienstgradbezeichnungen	292
c) § 6 Abs. 1 SGleiG: Personalwerbung und Dienstpostenbekanntgabe	294
3. Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG)	295
a) § 11 i. V.m. § 7 Abs. 1 AGG: Verbot benachteiligender Stellenausschreibung	298
b) § 19 Abs. 1 AGG	313
4. Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesministerien (GGO)	319
a) § 2 GGO: Gender-Mainstreaming	320
b) § 42 Abs. 5 Satz 2 (i. V.m. § 62 Abs. 2 Satz 1) GGO: Entwürfe von Gesetzen und Rechtsverordnungen	320
5. Zwischenergebnis	321
II. Niedersachsen: Rechtliche Maßgaben für geschlechtergerechte Sprache auf der Landesebene	323
1. Niedersächsisches Gleichberechtigungsgesetz (NGG)	323
2. Hochschulregelung des § 3 Abs. 3 Satz 1 NHG	324
3. Nds. Gesetz zur Förderung der Gleichstellung der Frau in der Rechts- und Verwaltungssprache vom 27. Februar 1989	325
a) § 1 Nds. Gesetz zur Förderung der Gleichstellung der Frau in der Rechts- und Verwaltungssprache: Rechts- und Verwaltungsvorschriften	327

b) § 2 Nds. Gesetz zur Förderung der Gleichstellung der Frau in der Rechts- und Verwaltungssprache: Amtlicher Sprachgebrauch 331

c) § 3 Nds. Gesetz zur Förderung der Gleichstellung der Frau in der Rechts- und Verwaltungssprache: Vordrucke 333

d) Bestrebungen zur Reformierung des Nds. Gesetzes zur Förderung der Gleichstellung der Frau in der Rechts- und Verwaltungssprache 334

4. Grundsätze für die Gleichbehandlung von Frauen und Männern in der Rechts- sprache, Beschluss des Landesministeriums vom 9. Juli 1991 337

5. § 2 Gemeinsame Geschäftsordnung der Landesregierung und der Ministerien in Niedersachsen (GGO): Gender-Mainstreaming 345

6. Zwischenergebnis 345

Schlussbetrachtung 347

Thesen 352

 I. Geschlechtergerechte Sprache als Rechtsthema: Bestandsaufnahme 352

 II. Unions- und völkerrechtliche Maßgaben für geschlechtergerechte Sprache in Deutschland 353

 III. Bundesverfassungsrechtliche Maßgaben für geschlechtergerechte Sprache 354

 IV. Landesverfassungsrechtlicher Rahmen in Niedersachsen für geschlechtergerechte Sprache 357

 V. Regelungen zu geschlechtergerechter Sprache des Bundes unterhalb der Verfas- sungsebene 358

 VI. Einfach- und untergesetzliche Maßgaben für geschlechtergerechte Sprache auf der Landesebene in Niedersachsen 359

Literaturverzeichnis 361

Sachwortverzeichnis 411